

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Instrument der pekuniären Verwaltungssanktionen (Po. 18.4100)**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Baltisser, Lena  
Frick, Karin

## Bevorzugte Zitierweise

Baltisser, Lena; Frick, Karin 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Instrument der pekuniären Verwaltungssanktionen (Po. 18.4100), 2019 - 2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 17.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

|                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| <b>Allgemeine Chronik</b>           | 1 |
| <b>Grundlagen der Staatsordnung</b> | 1 |
| Rechtsordnung                       | 1 |
| Strafrecht                          | 1 |

# Abkürzungsverzeichnis

**SPK-NR** Staatspolitische Kommission des Nationalrats

---

**CIP-CN** Commission des institutions politiques du Conseil national

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Rechtsordnung

#### Strafrecht

**POSTULAT**  
DATUM: 04.03.2019  
KARIN FRICK

Als sich die SPK-NR bei der Detailberatung der DSG-Revision mit dem darin vorgesehenen Sanktionssystem beschäftigte, stellte sich ihr die Frage, ob in diesem Zusammenhang anstatt natürliche Personen (z.B. die Führungskräfte eines Unternehmens) eher oder auch juristische Personen (das Unternehmen selbst) zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Dazu müssten neben strafrechtlichen Sanktionen auch Verwaltungsanktionen für Verstösse gegen das Datenschutzrecht eingeführt werden. Da bei den Verwaltungsanktionen in der Schweiz «beträchtliche Rechtsunsicherheit» herrsche, wie Kommissionssprecher Heinz Brand (svp, GR) vor dem Nationalratsplenum Justizministerin Karin Keller-Sutter zitierte, hatte die Kommission ein Postulat verfasst mit dem Auftrag, die **allgemeine Einführung pekuniärer Verwaltungsanktionen im Schweizer Recht** zu prüfen. Der Bundesrat erklärte sich bereit, sich dieser Thematik umfassend anzunehmen und gesetzliche Lösungen für ein System pekuniärer Verwaltungsanktionen zu prüfen, das alle betroffenen Rechtsbereiche (neben dem Datenschutz- beispielsweise auch das Kartell- und das Fernmelderecht) abdecken kann. Der Nationalrat überwies das Postulat in der Frühjahrsession 2019 stillschweigend.<sup>1</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 23.02.2022  
LENA BALTISSER

In Erfüllung eines Postulats der SPK-NR veröffentlichte der Bundesrat im Februar 2022 einen **Bericht zu pekuniären Verwaltungsanktionen im Schweizer Recht**. Darin prüfte er ein mögliches System für pekuniäre Verwaltungsanktionen, fand aber keinen dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Pekuniäre Verwaltungsanktionen werden ausgesprochen, wenn ein Unternehmen gegen verwaltungsrechtliche Vorschriften, wie etwa das Kartellgesetz, verstösst und entsprechend gebüsst wird. Laut dem Bericht habe sich basierend auf dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVG), verschiedenen Sacherlassen und der etablierten rechtlichen Praxis bereits eine funktionierende, sektoriell ausgerichtete Grundlage für pekuniäre Verwaltungsanktionen etabliert. Geklärt werden müssten in diesem bestehenden Regelungskonzept nur noch Einzelfragen, wie zum Beispiel bezüglich der Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung der Sanktionen, der Koordination von Verfahren zwischen Verwaltungs- und Strafbehörden oder der Zugänglichkeit von Informationen zu den Verfahren und Sanktionen für die Öffentlichkeit. Mögliche Lösungsansätze für diese Einzelfragen wurden im Bericht genauer erläutert. Die unmittelbare Umsetzung der Lösungsansätze und eine sektorübergreifende Harmonisierung der pekuniären Verwaltungsanktionen im Schweizer Recht sei zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts jedoch nicht zwingend notwendig, folgerte der Bundesrat.<sup>2</sup>

**POSTULAT**  
DATUM: 12.06.2023  
LENA BALTISSER

In der Sommersession 2023 genehmigte der Nationalrat stillschweigend die **Abschreibung** eines Postulats der SPK-NR zur Prüfung eines Systems für **pekuniäre Verwaltungsanktionen im Schweizer Recht**. Der Bundesrat hatte im Februar 2022 einen entsprechenden Bericht vorgelegt und anschliessend im Bericht über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2022 die Abschreibung des Postulats beantragt.<sup>3</sup>

---

1) AB NR, 2019, S. 19 f.

2) BBl, 2022 776; Medienmitteilung Bundesrat vom 23.02.22

3) BBl 2023 870 (S. 33)